

Zusammenfassung zum Chemie- und Raffineriepakt NRW

Die deutsche Industrie steht vor tiefgreifenden Herausforderungen.

Strukturelle Faktoren am Standort und externe Einflüsse haben sich in den letzten Jahren stark aufsummiert. Beides wirkt massiv negativ auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und sorgt dafür, dass Betriebe unter enormem Druck stehen. Die Entwicklungen führen zu einem Risiko für den Industriestandort insgesamt. Es treten erste Dominoeffekte auf, die sich innerhalb der eng verzahnten Verbundstrukturen und Wertschöpfungsketten zu einer großen Kaskade ausweiten können.

Dies sorgt für eine enorme Verunsicherung – bei Unternehmen, Beschäftigten, in der Politik und in der Gesellschaft insgesamt.

Die Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie sowie der Raffineriewirtschaft in Nordrhein-Westfalen erwirtschaften mit rund 123.700 Mitarbeitenden in rund 500 Betrieben einen Jahresumsatz von etwa 61 Milliarden Euro. Mit einem Umsatzanteil von gut einem Viertel ist NRW das mit Abstand bedeutendste Chemieland Deutschlands. Zudem leisten die Branche und Ihre Beschäftigten mit ihren Steuern und Sozialabgaben einen zentralen Beitrag zur finanziellen Basis des Landes.

Die chemisch-pharmazeutische Industrie sowie die Raffineriewirtschaft sind sich ihrer Bedeutung und Verantwortung für den Industriestandort NRW und Deutschland sowie für die notwendige Transformation als wichtigen Schlüsselbeitrag zur Erreichung der Klimaziele bewusst. Die Branchen bekennen sich zum Erhalt der Industrieverbundstruktur. Voraussetzung dafür sind jedoch umgehend wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen, die den Standort wieder attraktiv und rentabel machen. Diese Grundlagen sind derzeit nicht gegeben - trotz der unbestrittenen Vorteile des Standorts wie der engen Verbundstruktur, gut ausgebildeter Fachkräfte und eines starken Innovationsumfelds. Im Mittelpunkt stehen dabei bezahlbare Energie, ein wirksamer Carbon Leakage Schutz, die dringende Nachjustierung der CO₂-Bepreisung für die Industrie, weniger Bürokratie, Regulierungen, die Anreize für Investitionen in erneuerbare Moleküle erzeugen sowie eine leistungsfähige Infrastruktur.

Nur wenn die Industrie wettbewerbsfähig produzieren kann, wird sie auch am Standort NRW investieren, gute Arbeitsplätze erhalten, Innovationen weiter voranbringen und die Transformation aktiv gestalten können. Die Beschäftigten der Branche müssen dabei Teil des Prozesses sein.

Die Branche ist bereit zur Transformation und hat bereits viel erreicht. Um weitere Potenziale zur Reduktion von Treibhausgasemissionen zu heben, fehlt es jedoch beispielsweise an bezahlbarem, klimaneutralem Strom und Wasserstoff und einem praktikablen Rechtsrahmen für CCUS.

Die Landesregierung NRW setzt sich daher auf allen Ebenen für schnelle und wirksame Lösungen in Bezug auf Kosten, Regulatorik und Infrastruktur ein. NRW-eigene Regulierungen dürfen keine weiteren Standort-Nachteile für Unternehmen in NRW generieren, sondern sind so zu gestalten, dass NRW für Unternehmen Standort-Vorteile bietet.

Zentrale Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene sind:

- Dauerhafte Senkung von Netzentgelten und Stromsteuer
- Ausweitung der Strompreiskompensation
- Dauerhafte Abschaffung der Gasspeicherumlage

- Einführung eines Industriestrompreises ab 2026, von dem auch energieintensive Industrien und Chemieparksstrukturen profitieren
- Beschleunigter und kosteneffizienter Ausbau der Stromnetze
- Aufbau von Infrastruktur und rechtliche Rahmenbedingungen für CCUS, auch für die Prozessdampfversorgung
- Technologieoffenheit und Pragmatismus beim Wasserstoffhochlauf und Aufbau eines H₂-Netzes
- Investitionsfreundliche Ausgestaltung von Schlüsselregulierungen für klimafreundliche Moleküle und Technologien inklusive einer praxistauglichen Stoffpolitik
- Praxistaugliche, schnelle und moderne Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastrukturen und Anlagen
- Wettbewerbsfähige gesetzliche Rahmenbedingungen auf allen staatlichen Ebenen (EU, Bund, Land)

Auf EU-Ebene entwickelt sich der Emissionshandel (ETS) zunehmend zum Kostentreiber: Ab 2026 sinkt die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten deutlich. Ab 2039 sinkt die zulässige Menge an THG-Emissionen im ETS auf null. Die Verknappung der CO₂-Zertifikate in Europa verteuert die Produktion im weltweiten Vergleich erheblich. In der Logik des Systems sollen so Investitionen in treibhausgasneutrale Technologien angereizt werden, doch unter den derzeitigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den unzureichenden infrastrukturellen Gegebenheiten (H₂-, CO₂-, Strom-Infrastruktur) ist die Umsetzung zentraler Transformationsschritte mit erheblichen Herausforderungen und aktuell vielfach noch unüberwindbaren Hürden verbunden. Ohne realistische Alternativen für die Industrie führt diese Konstellation zu weiteren Schließungen und Verlagerungen von Produktionsanlagen.

Europa ist keine Insel. Der Wettbewerb ist global – ebenso wie der Klimaschutz. In den wichtigsten Wettbewerbsregionen gibt es keine vergleichbar hohe CO₂-Bepreisung für die Industrie. Die hiesigen Hersteller tragen daher bereits heute erhebliche Zusatzkosten, die ihre internationalen Wettbewerber nicht haben. Dieser Nachteil wird sich weiter verschärfen. Wir benötigen daher in Europa über eine ETS-Reform dringend ein wirksames Modell für den künftigen Carbon Leakage Schutz.

Fazit:

Die Landesregierung wird daher - unterstützt durch die Chemie- und Raffinerie-Branchen und die Gewerkschaft im Sinne des Chemie- und Raffineriepakts NRW - die bestehenden Rahmenbedingungen auf allen politischen Ebenen wettbewerbsfähig mitgestalten und die Attraktivität des Standortes NRW für die Unternehmen steigern. Nur so lassen sich Investitionen freisetzen, Standorte erhalten und Produktionsverlagerungen verhindern.

Im Sinne der wirtschaftlichen Resilienz, des Klimaschutzes und zur Sicherung unseres Wohlstands und der europäischen Souveränität, setzen Landesregierung, Industrie und Gewerkschaften sich auf allen Ebenen gemeinsam dafür ein, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Um die Zukunft der Chemie- und Raffinerieindustrie am Standort NRW und in Deutschland zu sichern und ihre Transformation zu ermöglichen, ist jetzt schnelles und entschlossenes und wirksames Handeln aller Beteiligten in ihren Verantwortungsbereichen erforderlich.